marxist, hat eine kleine "Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung" geschrieben (Suhrkamp Verlag, Frankfurt 1964, edition suhrkamp 106), in der es ihm nicht zuletzt um die Gemeinsamkeit der Arbeiterbewegung geht. Hauptangriffsziel seiner Schriften ist der "Kapitalismus" mit der für ihn nach wie vor entscheidenden - von Marcuse in ihrer Wichtigkeit bestrittenen -Klassenschichtung, dem "Antagonismus", den er besonders in "Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie" (Luchterhand, Neuwied 1967) angreift. Wie andere Marxisten faßt auch Abendroth die Arbeiter und Angestellten zur Klasse der auf Lohn oder Gehalt Angewiesenen zusammen. Das richtige Denken müßten aber die Intellektuellen für die Arbeiter entwickeln, da diesen heute die Idee der "klassenlosen Gesellschaft der Gleichberechtigung aller" fremd geworden sei.

Die verschiedenen marxistischen und neomarxistischen Richtungen konnten sich bei einem im September 1967 veranstalteten Colloquium "Kritik der politischen Ökonomie heute — 100 Jahre "Kapital" (Europäische Verlangsanstalt, Frankfurt 1968) keineswegs einigen. An diesem Colloquium nahm auch Abendroth teil, der die Meinung ausdrückte, in der Sowjetunion bestehe zwar eine bürokratische Diktatur, doch produziere diese notwendig die Bedingungen zu ihrer eigenen Überwindung, zum Beispiel durch Volksbildung. Der DDR-Professor O. Reinhold vertrat demgegenüber die Ansicht, daß die Idee der "freien Gesellschaft", der "Assoziation freier Produzenten" jetzt bereits eine Möglichkeit sei — nur leider: "Ob wir das realisieren wollen oder können und werden, das ist eine andere Frage..."

Ausländische Einflüsse

Die Mentoren der neuen Linken in den USA, die vorwiegend aus Studentengruppen besteht und sich von der alten Linken (der amerikanischen kommunistischen Partei, ferner einer trotzkistischen und einer maoistischen Partei) deutlich absetzt, waren — oder sind noch —, abgesehen von Marcuse selbst, Ch. Wright Mills, Paul Goodman, Barrington Moore, die Wirtschaftskritiker P. A. Baran und P. M. Sweezy; ihre Schriften sind zum Teil auch schon ins Deutsche übersetzt worden. Große Wirkung wird auch dem ermordeten Malcolm X zugesprochen, der als Agitator der Black Muslims die "Black Power"-Bewegung in Gang brachte.

In Frankreich haben Sartre (besonders mit seiner "Kritik der dialektischen Vernunft"), Roger Garaudy, Louis Altbusser und Henri Lefèbvre von verschiedenen Positionen aus eine Neudiskussion des Marxismus zustande gebracht. André Gorz schreibt über mehr praktische Fragen ("Zur Strategie der Arbeiterbewegung im Neokapitalismus" — dt. 1967 in der Europäischen Verlagsanstalt). Der Belgier Ernest Mandel übt Kritik an der kapitalistischen Wirtschaft; sein Hauptwerk "Marxistische Wirtschaftsheorie" ist vor kurzem auch deutsch erschienen (bei Suhrkamp). In kommunistischen Staaten wurde der Marxismus ebenfalls neu durchdacht und neu formuliert: in Polen von Leszek Kolakowski und Adam Schaff, in der ČSSR von Karel Kosík, in Jugoslawien vom Kreis um die Zagreber Zeitschrift "Praxis".

Sehr viel stärkeren Einfluß als solche Theoretiker hatte auf die neue junge Linke Mao Tse-tung, der in seiner Lehre das revolutionare Bewußtsein besonders betont. Auch die praktischen Versuche in China, den Gegensatz von geistiger und körperlicher Arbeit aufzuheben, wurden beachtet, ebenso das voluntaristische Element von Maos Theorie und politischer Praxis. Es kehrt wieder bei Che Guevara (1928-1967), dem eigentlichen Vorbild der neuen Linken. Che Guevara trat für Gewalt ein ebenso wie Frantz Fanon ("Die Verdammten dieser Erde" - dt. 1966 bei Suhrkamp), der von den Europäern Reparationen als Ausgleich für ihren ausbeuterischen Kolonialismus forderte, und Vo Nguyen Giap ("Volkskrieg - Volksarmee", Trikont-Verlag, München 1968). Bei Che Guevara aber sah man nicht nur die Forderung nach Gewalt, die in der spezifischen lateinamerikanischen Situation begründet war, sondern auch die moralischen Antriebe eines Humanisten mit asketischen Zügen, der "Pflichterfüllung" und von den revolutionären Führern "Opfer" verlangte. Die Reden und Schriften Guevaras sind dabei kaum originell: die Forderung eines "besseren Lebens" für jedermann ist es gewiß nicht, und die Idee des "neuen Menschen", bekundet in "Mensch und Sozialismus auf Cuba" (mehrere deutsche Ausgaben), bleibt völlig abstrakt: der neue Mensch werde "voller entwickelt" sein, mehr Entscheidungen treffen können, er werde der "Mensch des 21. Jahrhunderts" sein. Das ist Theorie im Zustand sei es des Verfalls, sei es undeutlicher Vorläufigkeit - ein Zustand, der nur durch die Praxis des Verfassers aufgewogen wird und durch die noch hier zu spürenden humanistischen Antriebe des frühen Marx.

Kurzinformationen

Die im Konsistorium vom 28. März kreierten 35 neuen Kardinäle, zwei davon in petto (vgl. "Osservatore Romano", 29. 3. 69, und ds. Heft, S. 210) sind: Paul Yü Pin, Erzbischof von Nanking, Formosa (68 Jahre); Alfredo V. Scherer, Erzbischof von Pôrto Alegre, Brasilien (70 Jahre, erster Vizepräsident der Bischofskonferenz); Julio Rosales, Erzbischof von Cebú, Philippinen (63 Jahre); Paolo Bertoli, Apostolischer Nuntius in Frankreich (61 Jahre, Italiener); Gordon J. Gray, Erzbischof von Saint Andrews und Edinburgh, Schottland (59 Jahre); Sebastiano Baggio, Nuntius in Brasilien (56 Jahre, Italiener); Silvio Oddi, Apostolischer Nuntius in Belgien (59 Jahre, Italiener); Peter Thomas McKeefry, Erzbischof von Wellington, Neuseeland (70 Jahre); Miguel D. Miranda y Gómez, Erzbischof von Mexico City, Mexiko (62 Jahre);

Giuseppe Paupini, Apostolischer Nuntius in Kolumbien (62 Jahre, Italiener); Joseph Parecattil, Erzbischof von Ernakulam, Indien (57 Jahre); John Dearden, Erzbischof von Detroit, USA, Präsident der Bischofskonferenz der USA (62 Jahre); François Marty, Erzbischof von Paris (65 Jahre); François Marty, Erzbischof von Tananarive, Madagaskar (55 Jahre); George B. Flahiff, Erzbischof von Winnipeg, Kanada (54 Jahre); Paul Gouyon, Erzbischof von Rennes, Frankreich (59 Jahre); Mario Casariego, Erzbischof von Guatemala City, Guatemala (60 Jahre); Vicente Enrique y Tarancón, Erzbischof von Toledo und Primas von Spanien (62 Jahre); Joseph Malula, Erzbischof von Kinshasa, Kongo-Kinshasa (52 Jahre); Giacomo Violardo, Sekretär der Kongregation für die Disziplin der Sakramente (71 Jahre); Paolo Muñoz Vega, Erzbischof

von Quito, Ecuador (66 Jahre); Antonio Poma, Erzbischof von Bologna (59 Jahre); John J. Carberry, Erzbischof von Saint Louis, USA (55 Jahre); Terence J. Cooke, Erzbischof von New York, USA (48 Jahre); Stephan Kim Sou Hwan, Erzbischof von Seoul, Südkorea (47 Jahre); Arturo Tabera Araoz, Erzbischof von Pamplona, Spanien (66 Jahre); Eugenio de Araujo Sales, Erzbischof von São Salvador de Bahia, Brasilien (49 Jahre); Joseph Höffner, Erzbischof von Köln (63 Jahre); John J. Wright, Bischof von Pittsburgh, USA (60 Jahre); Jan G. M. Willebrands, bisher Sekretär des Sekretariats für die Einheit der Christen, katholischer Vorsitzender des "Gemeinsamen Arbeitsausschusses der katholischen Kirche und des Weltkirchenrates" (60 Jahre), jetzt Nachfolger von Kardinal Bea; Mario Nasalli Rocca di Corneliano, Präfekt des Apostolischen Palastes, nach der Kurienreform Leitung des Päpstlichen Hauses (67 Jahre); Sergio Guerri, Vizepräsident der Päpstlichen Kommission für den Staat der Vatikanstadt (64 Jahre); Jean Daniélou, Jesuit, Konzilstheologe, Dekan der Theologischen Fakultät des Institut Catholique, Paris (64

Die Gärung in der Kirche und die Gefährdung ihrer Einheit waren hervorragende Themen der Ansprachen Pauls VI. in der Karwoche (vgl. "Osservatore Romano", 5. 4. 69). Vom Ereignis der Abendmahlsfeier ausgehend, betonte der Papst "die neue geheimnisvolle Einheit", die sich aus der Teilnahme an der Eucharistie ergebe: die Einheit in Christus. Der "Wesenszug unserer katholischen Romanität" müsse sein: "Einigung und Einheit untereinander". Mit einer leichten Anspielung auf gewisse Bestrebungen zur Herstellung der Interkommunion sagte der Papst, daß die unerläßliche Bedingung für die Teilnahme an der gleichen Eucharistie die Einheit im Bekenntnis des gleichen Glaubens sei. Diese Einheit sei heute gefährdet: durch die Mißachtung der hierarchischen Struktur der Kirche, die Verfälschung des "wesentlich zu ihr gehörenden Charismas der Autorität des Hirtenamtes", durch praktisch "schismatische Gärungen", "Aufspaltungen in Gruppen", die "unter der Maske eines christlichen Pluralismus und der Gewissensfreiheit letztlich nach einer selbstherrlichen, egoistischen Autonomie" streben, durch bewußt "zentrifugale Tendenzen" und polemisch verfochtene "Sonderinteressen". Dazu gehöre auch, so führte er in der vorausgehenden Mittwochaudienz aus ("Osservatore Romano", 4. 4. 69), die "kritische, unbotmäßige und zerstörerische Auflehnung" vieler Priester und Laien, die durch ihre "Abtrünnigkeit" Ärgernis geben und "die Kirche heute ans Kreuz schlagen". Dieser "Aufschrei eines übernatürlichen Schmerzes" dürfe nicht mit der "Stimme eines menschlichen Pessimismus verwechselt" werden, kommentierte der "Osservatore Romano" tags darauf die Gründonnerstagsansprache des Papstes. Die "Irrtümer und Übel" der "nachkonziliaren Kirche" dürften nicht stillschweigend übergangen, sondern müßten "aufgedeckt und verurteilt" werden. — In seiner Osterbotschaft ("Osservatore Romano", 8./9. 4. 69) über die Freude als wahrhaft "christliches Erbgut" deutete der Papst, wenn auch nur indirekt, neue Versuche der Interpretation der Auferstehung an, indem er von der "schwierigen", "alten" und "strengen" Lehre sprach, die er bekräftigen wolle. "Schwierig" sei sie, weil sie die "Sinneserfahrung" und das "natürliche Denken" übersteige, "alt", weil der "immer gegenwartsnahe und lebendige Kern" in "altertümlichen Formulierungen" geboten werde, "streng", weil sie den Menschen nicht vom Ärgernis des Kreuzes dispensiere. Diese Lehre sei zwar "unpopulär" und werde von vielen als "überholt" betrachtet, aber dennoch wahr und eine Botschaft der Freude, da sie den Aufbau einer natürlichen Lebensordnung in "wahrer Freiheit und sozialer Gerechtigkeit" nicht behindere.

Die Errichtung eines Fonds "Populorum progressio" für die beschleunigte Durchführung der Agrarreform der kolumbianischen Campesinos war Gegenstand eines Vertrages, der am Mittwoch, den 26. März 1969, in Rom vom Präsidenten der BID (Interamerikanische Entwicklungsbank), F. Herrera,

und Kardinal M. Roy, dem Präsidenten der Päpstlichen Kommission "Iustitia et Pax" in Anwesenheit des Vizepräsidenten der Kommission für die Vatikanstadt und Sekretärs der vatikanischen Güterverwaltung, dem neuernannten Kardinal S. Guerri, unterzeichnet wurde. Mit dieser Unterzeichnung werden der BID die Verwaltung von einer Million US-Dollar für Entwicklungszwecke übertragen. Dieser Betrag ist der größere Teil des Erlöses aus dem Verkauf eines dem Vatikan gehörenden Anwesens in der Avenue Kennedy in Paris. Hauptverantwortlich für die Auswahl, Verhandlungsführung und Genehmigung von Entwicklungsprojekten, die aus diesem Fonds finanziert werden sollen, ist die BID, die sich jedoch, wie M. Roy in der Pressekonferenz vom 28. März 1969 ("Osservatore Romano", 28. 3. 69) erklärte, im konkreten Fall mit dem Vatikan abstimmen wird. Man wolle versuchen, mit dem Fonds zunächst landwirtschaftliche Genossenschaften zu fördern. Die Zustimmung der kolumbianischen Regierung für diesen Plan liege bereits vor. Eine Sonderkommission werde in einigen Wochen an Ort und Stelle prüfen, wie dieses Ziel am besten erreicht werden könne, ob durch Unterstützung bereits bestehender privater oder öffentlicher Institutionen oder etwa durch eine neu zu schaffende Campesinos-Organisation. Alle aus dem Fonds gewährten Anleihen sind für die ersten 50 Jahre zinsfrei und können an private wie öffentliche Institutionen in Lateinamerika vergeben werden. Der vom Papst gespendete Betrag wird als "Anfangssumme" bezeichnet, da der Papst hoffe, durch dieses Zeichen auch andere Institutionen und Privatpersonen zur Aufstockung des Fonds bewegen zu können. Er soll, wie Paul VI. in seiner Ansprache zum zweiten Jahrestag der Enzyklika "Populorum progressio" ausführte ("Osservatore Romano", 27. 3. 69), durch die Tat zu einer "gerechteren Verteilung der Güter der Erde" beitragen.

"Missionstheologie für unsere Zeit" — so lautete das Thema eines Symposiums, das vom 27. bis 31. März 1969 vom Dokumentations- und Studiendienst (SEDOS = Servizio Documentazione e Studi) veranstaltet wurde, einer Organisation, der 29 Generalobere von Missionsorden angeschlossen sind. Unter den rund 200 Teilnehmern befanden sich 21 Theologen aus neun Ländern. Ziel der Tagung war die Klärung von zwei Fragen: Warum Mission? und Welche Beziehung besteht zwischen Mission und Entwicklung? Ein Schlußdokument formulierte die Ergebnisse der Tagung (vgl. Citoc, 1. 4. 69), auf der selbst keine vollständige Einigung der Fragen unter den Theologen wie auch zwischen Theologen und Soziologen erzielt werden konnte. Mit ihnen sollte jedoch vor allem den Missionaren selbst eine vorläufige Antwort auf ihre Fragen gegeben werden, deren Überzeugung von der Notwendigkeit der Mission heute stark auf die Probe gestellt wird, sowohl durch den erheblichen Rückgang der "Bekehrungen" (die z. T. gänzlich unmöglich werden) wie auch durch neuere theologische Versuche, die Heilsfunktion der nichtchristlichen Religionen zu präzisieren und zur Geltung zu bringen. Werde nicht gerade durch diese Versuche die Mission überhaupt unmöglich gemacht, wenn die nichtchristlichen Religionen sogar als "ordentlicher" Heilsweg anerkannt werden? Zur daraus sich ergebenden Frage, warum dann noch Mission notwendig sei, wurde festgestellt: als Schöpfung des religiösen Genius des Menschen komme den nichtchristlichen Religionen keine eigentliche Heilsfunktion zu, als Träger authentischer, wenn auch immer mit Irrtum behafteter Werte können diese, von der Gnade übernatürlich erhoben, doch zu einem eigentlich heilswirksamen Akt führen. Damit aber könnten die nichtchristlichen Religionen als Vorbereitung auf die Annahme des Evangeliums gedeutet werden und in dieser ihrer Funktion ein zusätzliches Argument für die Missionierung bieten. Denn diese wolle ja die Nichtchristen zur vollen Erkenntnis Christi führen, auf den sie ja bereits durch die in ihnen wirkende Gnade hingeordnet seien. Der Missionsauftrag Christi ziele gerade darauf ab, daß alles ihm unterworfen werde. Für die Missionsmethode ergebe sich daraus: Anerkennung und Läuterung aller echt menschlich-natürlichen Werte und deren Einfügung in das

Evangelium Christi, wahre Inkulturation durch Gesinnung und Tat. Zum Verhältnis von Mission und Entwicklung wurde wiederum erklärt (vgl. dazu auch HK 23, 168): Entwicklung im integralen Sinn von "Populorum progressio" sei ein echter Weg der Evangelisierung, da sie den ganzen Menschen meine und verpflichte und insofern ein Zeugnis der Herrschaft Christi über die Welt sei, eine nicht sehr überzeugende Begründung. Verkündigung und Sakrament als zweiter Weg mache nur den letzten Sinn von Entwicklung sichtbar und gebe ihr eine nicht mehr rein menschliche Dynamik.

Zur Vorbereitung eines ökumenischen Studiendokumentes zur Interkommunion tagte in der letzten Märzwoche 1969 unter Vorsitz von L. Vischer eine Konferenz von 13 römischkatholischen, orthodoxen, anglikanischen und protestantischen Theologen. Das Dokument soll im August dem Arbeitsausschuß von Faith and Order auf seiner Tagung in Canterbury und vermutlich auch dem sich dort versammelnden Zentralausschuß des Weltkirchenrates vorgelegt werden. Mit einem geschichtlichen Rückblick auf die Abendmahlsfrage werden, wie es in einem Kommuniqué aus Genf heißt (öpd, 27. 3. 69), "zukunstsgewandte Hinweise auf die Dringlichkeit neuer Überlegungen" verbunden. Unter den behandelten Fragen sind genannt: Definitionen der Interkommunion, der Kommunion und der Zulassung zu ihr, Überlegungen über ihre Dimension und eine etwaige kirchliche Praxis für Sonderfälle sowie andere Fragen radikaler Veränderungen in der Kirche. Einigkeit bestand, daß die von vielen angestrebte Interkommunion nur durch eine Erneuerung der eucharistischen Praxis gelöst werden könne. Jedenfalls könne man sich der Dringlichkeit der Frage nicht mehr entziehen. Das zeige das Vorauseilen verschiedener Gruppen in allen Kirchen. Vischer erklärte vor der Presse, angesichts der Zunahme ökumenischer Kontakte müsse man die derzeitige Unfähigkeit zu gemeinsamen Abendmahlsfeiern überwinden, weil sonst Gefahr bestehe, daß die Okumenische Bewegung nur in nicht-sakramentalen Gottesdiensten Ausdruck finde ("Church Times", 3.4.69). Zu den Teilnehmern der sechstägigen Verhandlungen gehörten u. a. die Anglikaner A. M. Allchin und M. Conway, die Orthodoxen V. Borovoj (UdSSR) und J. D. Ziziloulas, Griechenland, M. Thurian von Taizé und H. M. Meyer, Deutschland. Die Lutheraner waren noch eigens durch V. Vajta vertreten.

Der seit Uppsala von der Okumenischen Bewegung gewählte Schwerpunkt gemeinsamer Sorge mit Rom für Frieden und Gerechtigkeit hat eine auffallende Bestätigung durch die Offentlichkeit erfahren. Der gemeinsame Ausschuß des Weltkirchenrates und der päpstlichen Kommission "Iustitia et Pax" unter Leitung von P. Dunne SJ hat zur Durchführung seines Bildungs- und Studienprogramms von der Ford-Stiftung 140 250 Dollar und von der "Internationalen Stiftung Humanum" in Lugano weitere 300 000 Dollar erhalten (öpd, 3. 4. 69). Zu den Schwerpunkten des vorläufig auf drei Jahre geplanten Programms gehören die Bildung von Studiengruppen, die einzelne Aspekte der Entwicklungsprobleme aufgreifen, die Durchführung nationaler und regionaler Studientagungen über die Notwendigkeit der Entwicklungshilfe und eine bessere Aufklärung der teilweise noch skeptischen Gemeinden. Generalsekretär Eugene C. Blake und Msgr. J. Gremillion, Sekretär der Kommission "Iustitia et Pax", gaben in gemeinsamen Erklärungen ihren Dank für diese Anerkennung zum Ausdruck. Bei dieser Gelegenheit verlautete, der gemeinsame Ausschuß werde ähnlich der Konferenz von Beirut im Frühjahr 1968 (vgl. HK 22, 278) zu Beginn des Jahres 1970 eine repräsentative Konferenz über die Friedensfrage durchführen mit dem Thema: "Frieden und Institutionen für eine Weltgemeinschaft".

Nach verheißungsvollen Ansätzen findet das Dritte Gespräch der von der römisch-katholischen Kirche und dem Lutherischen Weltbund (LWB) eingesetzten Studienkommission "Das Evangelium und die Kirche" vom 4. bis 8. Mai 1969 in

Nemi bei Rom statt (LWB-Pressedienst, 26. 3. 69, über die vorbereitenden Begegnungen in Straßburg 1966 vgl. HK 20, 509, über das bedeutende Ergebnis des Ersten Gespräches in Zürich 1967 betr. die Mitte des Evangeliums vgl. HK 22, 28; über das Zweite Gespräch 1968 in Bastadt bei Malmö vgl. Informationsdienst des Sekretariats für die Einheit der Christen 1968, Nr. 4, S. 4). Diesmal sind vier Hauptreferate vorgesehen: von H. Conzelmann (Göttingen): "Die Vielfalt der neutestamentlichen Kirchenstrukturen und die Frage der Einheit"; von W. Burghardt SJ (Woodstock College, USA): "Die Strukturen der Kirche in geschichtlicher Entwicklung"; von G. Lindbeck (Yale Univ., New Haven): "Verständnis und Wirklichkeit des Amtes in der lutherischen Kirche"; von E. Schillebeeckx (Nijmegen): "Verständnis und Wirklichkeit des Amtes in der katholischen Kirche". Von seiten des LWB sind u. a. anwesend Generalsekretär A. Appel, V. Vajta, Direktor des Instituts für Okumenische Forschung in Straßburg, sowie Harding Meyer als theologischer Referent des LWB. Unter den römisch-katholischen Teilnehmern findet man bekannte Namen, wie Bischof H. L. Martensen (Kopenhagen), die Dogmatiker W. Kasper (Münster) und J. Witte SJ (Rom) sowie die Neutestamentler H. Schürmann (Erfurt) und A. Vögtle (Freiburg i. Br.).

Die vertagten lutherisch-reformierten Glaubensgespräche in Europa, vor sechs Jahren auf Initiative von Faith and Order begonnen und in den USA, wo derartige Probleme leichter bewältigt werden, mit Erfolg abgeschlossen (vgl. den Bericht über die einschlägigen Veröffentlichungen HK 22, 115 f.), wurden nunmehr wieder aufgenommen. Vom 8. bis 12. April 1969 trafen sich 36 Theologen aus 14 Ländern in Neuenberg bei Basel. Der ursprünglich nur zwischen dem Lutherischen Weltbund und dem Reformierten Weltbund geplante Dialog wurde angesichts der besonderen Lage des Abendmahlsgespräches in der EKD infolge der Arnoldshainer Thesen und der sich daraus ergebenden Konfliktslage (vgl. HK 23, 110) nach gemeinsamer Absprache auf die Unierten Kirchen ausgedehnt, in denen das Problem der Abendmahlsgemeinschaft zwischen Lutheranern und Reformierten praktisch gelöst ist. Auf der Neuenberger Konferenz referierten die Professoren L. Goppelt (Tutzing) über "Kirchentrennung und Kirchengemeinschaft im NT", J. Staedtke (Erlangen) über "Die Entstehung der innerprotestantischen Kirchentrennung im 16. Jahrhundert", H. Fagerberg (Uppsala) über "Die Vertiefung der innerprotestantischen Kirchentrennung im 19. Jahrhundert" (und zwar infolge des gewaltsamen Unionsversuches des Königs von Preußen und der wiederauflebenden lutherischen Orthodoxie), A. Dumas (Paris) über "Kirchentrennende Faktoren im Verhältnis beider Kirchen zueinander" und W. Dantine (Wien) über "Kirchlichkeit - Kirchliche Gesellschaft" (LWB Pressedienst 2.4.69). Unter den anwesenden Theologen aus Deutschland fielen die Lutheraner der VELKD Bischof F. Hübner (Kiel) und Präsident H. Schnell (Hannover) sowie die Unierten Prof. H.-H. Wolf (Bochum) und Generalsuperintendent A. Schönherr (Ost-Berlin) auf. Der Weltrat der Kirchen war vertreten durch L. Vischer, der Lutherische Weltbund durch Pfr. Harding Meyer und der Reformierte Weltbund durch seinen theologischen Referenten R. Smith.

Die letzten Ereignisse und Entwicklungen der Ordensgemeinschaften in der CSSR haben einiges Aufsehen erregt. So berichtet "Katholické Noviny" (23. 3. 69) vom Empfang der Vertreterinnen von etwa 30 weiblichen Ordensgemeinschaften durch die Leiterin des staatlichen Kirchenamtes, E. Kadlecová, anläßlich der Feier des "Welttages der Frau" am 10. März 1969. Bei dieser Gelegenheit würdigte Kadlecová die "verborgene" Arbeit der Ordensfrauen, die "erst dann sichtbar wird, wenn sie von niemand mehr getan wird". Für diese Arbeit in Altersheimen, Krankenhäusern und Heimen für unheilbar Kranke "möchte ich auch Ihnen, Schwestern, danken", "im Namen jener, die nicht einmal dieses "Danke" mehr sagen können". Angesichts dieser Situation, in der die Arbeit der Ordensfrauen eine soziale Notwendigkeit sei, mute die Frage, ob

sie ihr Noviziat wieder eröffnen können, wie eine "kleinbürgerliche Prüderie" an ("Zitrek", Anfang März 1969). Zur rechtlichen Situation liegt bisher eine Erklärung der Prager Generalstaatsanwaltschaft vor, wonach durch das Gesetz über die "wirtschaftliche Sicherstellung der Kirchen und Religionsgemeinschaften" von 1949 die Orden rechtlich nicht aufgelöst, sondern lediglich ihre Vermögenswerte eingezogen wurden. Rechtlich gesehen, bestehen also für eine Wiederaufnahme des normalen Ordenslebens im Rahmen des geltenden Rechts keine Hindernisse. Diese Antwort erfolgte aufgrund einer Anfrage des vor wenigen Monaten gegründeten "Sekretariats der Ordensgemeinschaften". Wie weit dieser Rahmen des geltenden Rechtes jedoch sei, wisse im Augenblick niemand zu sagen, da seit 1950 zu viele Verordnungen zur "Regelung" kirchlicher Angelegenheiten erlassen worden seien. Daher dürfte auch diese Erklärung noch keine völlig klare Rechtslage geschaffen haben. Dennoch geht die Wiederherstellung des normalen Ordensleben in der ČSSR langsam voran. Die damit notwendig werdende Rückkehr in ehemalige oder neu gegründete Ordenshäuser stellt jedoch viele vor ein schwieriges Problem: soll man auf die gesellschaftliche Präsenz der Kirche in Form der Sozialarbeit vieler Ordensfrauen und -priester verzichten bzw. sie durch eine Rückkehr in relativ abgeschlossene Klöster stark beschränken? Wäre nicht gerade diese Art von kirchlicher Präsenz in einer sozialistischen Gesellschaft die gegebene und durch den geschichtlich wirkenden Gott angebotene? Verschärft wird dieses Problem durch spärlichen bzw. völlig ausbleibenden Nachwuchs sowie durch die Überalterung und Überarbeitung vieler Ordensfrauen und -priester. Gerade für letztere stellt sich die Frage in zugespitzter Form. In jahrelangem Zusammenleben mit Arbeitern und Angestellten haben sie eine neue Art der Seelsorgsarbeit entwickelt: die einer kleinen "Personal-Pfarrei", die durch das tätige Glaubenszeugnis dieser Arbeiterpriester zusammengehalten wurde. Eine Rückkehr in Ordenshäuser würde nicht nur einen erheblichen Mentalitätswandel voraussetzen, sondern wäre auch pastoral sehr umstritten. So stellt sich die Frage, welchen Ausgleich diese Form der Seelsorgsarbeit mit den traditionellen Formen finden wird?

Die Krise in der Amsterdamer Studentenpfarrei (HK 23, 108), die mit dem Kompromiß beendet schien, den der Bischof von Harlem, T. H. Zwartkruis, in der Angelegenheit des zur Heirat entschlossenen ehemaligen Jesuitenpaters J. Vrijburg angeboten hatte, ist neu ins Blickfeld gerückt. Dies geschah zunächst dadurch, daß der General der Gesellschaft Jesu, P. Arrupe, zwei der Unterzeichner des "Amsterdamer Ultimatums" vom 26. Januar 1969 (worin für J. Vrijburg die Erlaubnis zur Ausübung der priesterlichen Funktionen auch nach seiner Verheiratung gefordert wurde), nämlich H. Oosterhuis und T. van der Stap, aus dem Orden ausschloß, weil sie seiner Aufforderung zu öffentlichem Widerruf ihres Ultimatums nicht gefolgt waren. Der holländische Provinzial, J. Hermans, hatte vergeblich versucht, den Ausschluß der beiden Amsterdamer Studentenpfarrer zu verhindern und setzte sich persönlich im römischen Generalat für seine Mitbrüder ein. Der Assistent für die "germanischen" Provinzen in der Ordensleitung in Rom, der Schweizer M. Schoenenberger, trat ebenfalls dafür ein, die beiden Patres im Orden zu belassen. Die in allen holländischen Zeitungen gebrachte Meldung vom Rücktritt des holländischen Provinzials (am 11.4. noch dementiert) hat an Gewicht gewonnen, da sie zeitlich mit der Nachricht zusammenfiel, M. Schoenenberger sei ebenfalls von seinem Amt zurückgetreten. In seinem Brief an die Mitglieder der niederländischen Provinz wies J. Hermans darauf hin, daß er bereits im Dezember vorigen Jahres seinem Generaloberen vorgeschlagen habe, eine mehrköpfige Provinzialleitung einzusetzen (vgl. "de Volkskrant", 12. 4. 69). M. Schoenenberger hatte ebenfalls erklärt, sein Rücktrittsgesuch bereits im Januar 1969 dem General vorgelegt zu haben. Nach einer Meldung der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (14. 4. 69) jedoch soll der Assistent für die deutschsprachigen Länder sein Rücktrittsgesuch wieder zurückgezogen haben.

Der Verzicht des neugewählten Vorsitzenden der spanischen Bischofskonferenz, Erzbischofs C. Morcillo González von Madrid-Alcalá, auf seine politischen Amter, stellt einen gewissen Wendepunkt in der Entwicklung des Verhältnisses von Staat und Kirche in Spanien dar. Morcillo, der als einer der Franco-treuen Bischöfe bekannt ist, war einer der von Franco direkt berufenen Abgeordneten der Cortes und außerdem Mitglied des Kronrats. Wenn es auch als ein Gerücht bezeichnet wurde (vgl. "ABC", 26. 3. 69), die Bischofskonferenz habe die Wahl Morcillos vom Verzicht auf politische Funktionen abhängig gemacht, ist doch bekannt, daß zumindest ein großer Teil des spanischen Episkopats diese durch Morcillo verkörperte enge Bindung der Kirche an das Madrider Regime nicht mehr billigt (vgl. HK 23, 161). Die Vermutungen, der Vatikan habe Morcillo zum Verzicht gedrängt (vgl. "Le Monde", 27. 3., und "Neue Zürcher Zeitung", 3. 4. 69), zumal bereits die Wahl Morcillos zum Vorsitzenden mit zweifelhaften Methoden erfolgt war, erscheinen wenigstens wohlbegründet. Dem Vatikan, der sich seit Konzilsende für eine Revision des Konkordats verwendet (vgl. HK 22, 244), ist offenbar daran gelegen, auch in seiner Personalpolitik die Trennung von Staat und Kirche zu forcieren. So ist Morcillo gegen manche Erwartung bei den jüngsten Kardinalsernennungen nicht berücksichtigt worden. Dieses Faktum wurde allerdings insoweit überschätzt, als der Papst auch hier wie bei anderen Kardinalsernennungen von Diözesanbischöfen die traditionellen Kardinalssitze, zu denen Toledo als Sitz des Primas gehört, bevorzugte. Die Diözese Madrid ist zudem eine junge Diözese und wurde zusammen mit Barcelona erst 1964 zur Erzdiözese erhoben. General Franco hat Morcillos Rücktritt angenommen und diesem das Großkreuz Karls III. verliehen, den höchsten Verdienstorden, den Spanien zu vergeben hat. Es steht aber zu erwarten, daß die Vakanz im Kronrat in absehbarer Zeit erneut durch einen anderen Bischof beendet wird. Noch immer gehören drei Bischöfe den Cortes an, darunter der Weihbischof von Madrid, J. Guerra Campos, der ebensosehr für enge Zusammenarbeit mit Morcillo wie für die Unterstützung des Franco-Regimes bekannt ist.

Einen Aufruf zur Erneuerung des Islams anläßlich des muslimischen al-Adha-Festes veröffentlichte eine Gruppe libanesischer Intellektueller (die Autoren sind überwiegend libanesische Universitätsprofessoren). Solche Aufrufe sind keineswegs selten und sind in der Regel durch die inzwischen fast stereotyp gewordene Forderung nach Rückkehr zu den Quellen des Islams und nach einer Überbrückung der in der Praxis doch nicht im Wesen bestehenden Gegensätze zwischen dem Islam und den Gegebenheiten der modernen Welt gekennzeichnet. Dieser Aufruf unterscheidet sich allerdings in einigen wesentlichen Punkten von hundert ähnlichen: Er steht unter dem unmittelbaren Einfluß der Reformbewegung in den christlichen Gemeinschaften im Libanon. Neu ist die Forderung einer offenen und vollständigen Kenntnisnahme der menschlichen Werte und Prinzipien durch den freien Dialog zwischen den Gläubigen aller Religionen und Riten, im besonderen aber der Religionen, die sich auf die himmlischen Bücher gründen, von welchen der Islam erklärt, daß jene mit den Muslimen eine einzige Gemeinschaft bilden ("L'Orient", 27. 2. 69). (Der Aufruf bezieht sich hier auf die muslimische Lehre vom Offenbarungscharakter des Alten und des Neuen Testaments -Offenbarungen, die allerdings von Juden und Christen verfälscht wurden. Der Koran enthält nach dieser Lehre die gleiche Offenbarung. Ob die "Völker des Buches" wirklich mit den Muslimen eine Gemeinschaft bilden, kann man an dieser Stelle dahingestellt sein lassen.) - Es gab in den letzten zwei Jahren zwar hier und da schon Ansätze zu einem Gespräch zwischen Christen und Muslimen im Libanon, ein Staat, dessen Bevölkerung immerhin zur Hälfte aus Christen besteht, doch ist eine so generelle Anerkennung des Dialoges neu. Die religiöse Intransigenz des Islams auch gegenüber den "Völkern des Buches" ist notorisch, und die Forderung nach einer Herrschaft des Islams ist auch heute noch eindeutig; nicht weniger sind es die Auswirkungen im Südsudan und in Ägypten. Es ist daher kaum ein Zufall, daß keiner der Unterzeichneten eine religiöse Funktion innehat. Dies ist vielmehr der Aufruf sehr fortschrittlicher muslimischer Intellektueller, veröffentlicht in einem Land, das eher als christlich denn als muslimisch anzusehen ist, dessen gebildete Bevölkerung sich durch ihre kosmopolitische und weltoffene Haltung auszeichnet. Der Libanon ist aber auch das Land, in dem eine interessierte Begegnung zwischen Christen und Muslimen überhaupt möglich ist, trotz allem Mißtrauen und trotz aller Antagonismen, die zwischen den Bevölkerungsgruppen herrschen. Insofern darf man diesen Aufruf vielleicht als ein Symptom dafür werten, daß sich wenigstens am Rande der muslimischen Gemeinschaft eine gewisse Willigkeit zum interkonfessionellen Dialog zeigt.

In einigen lateinamerikanischen Ländern haben Priesterdemissionen Aufsehen erregt. Der 41 jährige Weihbischof von Lima, M. R. Cornejo Radavero, hat auf sein Bischofs- und Priesteramt verzichtet, weil er sich nach eigenen Aussagen in einer "Glaubenskrise" befinde und sich nicht mehr mit den Dogmen der Kirche identifizieren könne. Nach einigen aus Unkenntnis erfolgten Dementis (vgl. NC News Service, 25. 3., und Noticias Aliadas, 26. 3. 69) gab das Ordinariat in Lima selbst bekannt, Cornejo habe in Buenos Aires standesamtlich geheiratet (Noticias Aliadas, 29. 3. 69). Etwa gleichzeitig meldeten in den peruanischen Diözesen Lima und Trujillo 10 bzw. 8 Priester ihren Rücktritt mit der Begründung an, sie möchten für soziale Aktionen frei werden. - Ebenfalls auf sein Bischofsamt, nicht jedoch auf seine priesterlichen Funktionen verzichtete der Weihbischof von Santiago de Chile, G. Larrain Valdivieso. Wie es heißt, strebe Larraín jedoch die Rückversetzung in den Laienstand an ("vida nueva", 5. 4. 69). Die

Motive seines Entschlusses sind bislang ungeklärt, wenn auch von Kommunisten wie von manchen Katholiken behauptet wird, er habe sich gegen eine allzu enge Verbindung zwischen Kirche und christdemokratischer Partei gestellt und sei dadurch möglicherweise in Konflikt mit seinen Vorgesetzten geraten. Mit Billigung des Vatikans arbeitet Larraín gegenwärtig in einem Entwicklungsinstitut in Paris. - I. Illich, der führende Kopf der CIDOC in Cuernavaca, hat dem Erzbischof von New York, T. J. Cooke, seine "unwiderrufliche" Entscheidung, den kirchlichen Dienst zu verlassen, mitgeteilt (Noticias Aliadas, 2. 4. 69). Die kirchlichen Maßnahmen gegen seine Person und das CIDOC-Institut (vgl. HK 23, 115) beeinträchtigten sein Wirken "als Priester, Erzieher und Christ", heißt es in der Begründung. Er werde jedoch nicht, betonte Illich, sich von seiner Verpflichtung zu Breviergebet und Ehelosigkeit dispensieren lassen. - Noch immer dauert ein heftiger Konflikt in Rosario an, mit 1,15 Millionen Katholiken eine der größten Diözesen Argentiniens. Am 15. März haben 27 Priester (inzwischen sind es 31) dem Erzbischof, G. Bolatti, mitgeteilt, daß sie solange ihre priesterlichen Funktionen nicht mehr ausüben würden, als ihnen Mitsprache in den Angelegenheiten der Erzdiözese verwehrt werde. Der Erzbischof, so lauten die Vorwürfe, verhindere die Erneuerung der Pastoral und stelle sich gegen soziale Reformen und dadurch in Gegensatz zum Konzil und den Beschlüssen von Medellín (Noticias Aliadas, 22. 3. 69). Auch einige versöhnliche Gesten Bolattis konnten die Priester nicht zum Nachgeben veranlassen. Inzwischen haben sich noch 53 Ordensgeistliche mit den rebellierenden Priestern solidarisiert ("Le Monde", 5. 5. 69). Der Erzbischof ist inzwischen nach Rom gereist, um den Papst über die Vorgänge zu unterrichten. Es ist nicht bekannt, ob er die Reise aus eigener Initiative unternahm.

Bücher

KARL RAHNER, Zur Reform des Theologiestudiums. Anhang: Gutachten von J. Neumann und W. Steinmüller über die Habilitation von Laientheologen, Quaestiones disputatae 41, Verlag Herder, Freiburg 1969, 12.80 DM.

Rahner legt in diesem Bändchen eine erweiterte Fassung seines Artikels in den "Stimmen der Zeit" (Januar 1968) als "sub-jektiven" Diskussionsbeitrag eines Systematikers vor, der nur für den deutschen theologischen "Lehrbetrieb" gelte. Die sorgfältige verfahrenstechnische Vorbereitung der von den Bischöfen für fünf Jahre "ad experimentum" eingeführten Studienreform, auf die die Erstfassung des Beitrags eine erste Antwort war, wird von ihm anerkannt. Rahners "entscheidendes Mißbehagen" liegt darin, daß dem Entwurf "offenbar keine wissenschaftliche Reflexion auf das eine Ganze der Theologie" (S. 19) vorausgehe. Eine solche Reflexion müsse "sowohl auf die Einheit und die vom Wesen der Sache herkommende Differenzierung der einen Theologie wie auf die heute fällige ,epochale' Gestalt der Theologie reflektieren". Die bisherige "historisch gewordene" und in "erstarrten Einzeldisziplinen" festgefahrene Studienordnung sei eine "Konservierung des Bestehenden mit all seinen Mängeln" (S. 33). Nach dieser kurzen Kritik legt Rahner den eigenen Entwurf einer positiven Alternative vor, von dem er selbst sagt, daß er "sehr viele sachliche Fragen", die direkt oder indirekt mit der Reform des Theologiestudiums zu tun haben, "überhaupt nicht" stellt oder beantwortet. Die Grundidee seines Gegenvorschlages, von dem er selbst wohl, weise ahnend, "keine Hoffnung" hat, daß er Gnade findet, sieht das Aufbau- und Auswahlprinzip des Theologiestudiums in seiner "praktischen und existentiellen Ausrichtung" (S. 37). Danach baut sich das gesamte Theologiestudium in zwei Reflexionsstufen auf: dem Grundkurs, der am Anfang steht und die "Grundfragen der christlichen Existenz" so behandeln müsse, daß dem Theologen die "christliche und prie-

sterliche Entscheidung in einer reflektierten Weise möglich wird" (S. 40), und dem Grundstudium als vertiefte und erweitere Ausfaltung des Grundkurses in einer zweiten Reflexionsstufe; weitere Prinzipien seien: thematische und zeitliche Einheit von Philosophie und Theologie, harmonischer Einbau des Spezialstudiums in das Grundstudium, richtige Abstimmung zwischen den exegetischen und systematischen Fächern. Abschließend gibt Rahner einige wissenschaftstheoretische Hinweise über den Grundkurs und seine praktische Durchführung. Rahners Konzeption wird jedoch, wie Gespräche und Diskussionen dazu gezeigt haben, von der überwiegenden Mehrheit der Theologen als unpraktikabel und überfordernd abgelehnt. - Die beiden folgenden Gutachten kommen zu dem Ergebnis, daß ein "totaler Ausschluß Nichtordinierter von der Habilitation in katholischer Theologie wie von der Berufung an eine katholische Fakultät" dem deutschen Verfassungs- und Hochschulrecht widerspricht" (S. 109) (vgl. auch zur Laienhabilitation, Herder-Korrespondenz 22. Jhg., S. 478—481).

MONIQUE A. PIETTRE, Au commencement était le mythe... Desclée de Brouwer. Paris/Brügge 1968, 271 Seiten. Es mußte wohl einer hochgebildeten, ja sogar gelehrten Frau vorbehalten bleiben, in einer Phase der Auszehrung theologischer Substanz und hermeneutischer Experimente, die zugleich eine Demütigung des menschlichen Selbstbewußtseins durch die Entdeckung tiefenpsychologischer wie biologischer Determinanten brachte, wieder zum Mutterboden der Glaubenserkenntnis vorzudringen; geistvoll und auf dem hohem literarischen Niveau einer Französin, so daß manches Kapitel durch Abdruck in den "Études" wie in "Revue des Deux Mondes" gewürdigt wurde. Der Ärger über ein miserables Werk zur griechischen Mythologie veranlaßte die Verfasserin, es besser zu machen. Sie tat es, wie der Abschluß des Werkes zeigt, in dem Pro-